

Mecklenburg-Vorpommern



Zentralabitur 2011

Geschichte und Politische Bildung

Hinweise für den Lehrer
(nicht für die Hand des Schülers)

Die vorgelegte Prüfungsaufgabe besteht aus zwei Prüfungsarbeiten Block I und II.

Der Prüfungsteilnehmer hat davon eine Prüfungsarbeit auszuwählen. Alle Prüfungsunterlagen sind geschlossen nach Ablauf der schriftlichen Prüfung einzusammeln.

Die Prüfungsarbeit wird entsprechend dem nachfolgend aufgeführten Erwartungshorizont bewertet, der sich an den EPA Geschichte i. d. F. vom 10.2.2005 orientiert. Zur Gewichtung der Anforderungsbereiche und zu den Kriterien für die Bewertung ausreichender und guter Leistungen wird besonders auf Seite 10 der EPA hingewiesen.

Beispiel einer Bewertung mit 3 bzw. 4 Aufgaben

(Gewichtung 1 : 3 : 3 bzw. 1 : 3 : 3 : 3) mit dem Rechenweg:

Teil A (mit 3 Aufgaben)

Aufgabe 1 (gut +):	12 Punkte x 1 =	12
Aufgabe 2 (ausreichend):	05 Punkte x 3 =	15
<u>Aufgabe 3 (mangelhaft):</u>	<u>02 Punkte x 3 =</u>	<u>06</u>
		33

Endnote Teil A ($33 : 7 = 4,71$) 05 Punkte - ausreichend

Teile A + B (mit 4 Aufgaben)

Ergebnis Teil A	33
+ Aufgabe 4 (befriedigend): 08 Punkte x 3 =	<u>24</u>
	57

Endnote der Teile A + B

($57 : 10 = 5,7$) 06 Punkte – ausreichend (+)

Erwartungshorizont zu Block I

Teil A

Jede Aufgabe ist einzeln zu zensieren.

1. Die Aufgabe entspricht im Wesentlichen dem EPA-Anforderungsbereich I.

Zum Operator „Analysieren“ wird eine Quellencharakteristik erwartet (Nennung der wesentlichen formalen Charakteristika von T 1: Textart, Autor, Datierung, Adressat; keine umfassende Textanalyse wie im Fach Deutsch). Das persönliche Tagebuch des James Madison von 1878 hatte keinen direkten Adressaten, sollte aber die Beratungen für spätere Zwecke festhalten. Der Inhalt soll mit eigenen Formulierungen unter Berücksichtigung folgender Schwerpunkte zusammengefasst werden:

Madison: Gegensatz zwischen den Sklavenhalterstaaten im Süden und den sklavenlosen Staaten im Norden wesentlich für die USA, Schutz beider Interessen erforderlich

Wilson: 5 : 3 - Verhältnis absurd, aber Kompromiss notwendig, Akzeptanz einer einheitlichen Berechnung in Pennsylvania schwierig

Martin: Verbot oder Besteuerung des Sklavenhandels erforderlich, um zusätzliche Einfuhr zu unterbinden, im Falle weiterer Sklavenzufuhr in den Süden Schutz durch den Norden notwendig, Kompromissformel unvereinbar mit den Prinzipien der USA

Rutledge: Furcht vor Sklavenaufständen grundlos, keine Schutzpflicht des Nordens, ökonomische Vorteile für beide erwartbar

Ellsworth: Kompromissformel akzeptabel, Entscheidung über Sklavenfrage Sache der Einzelstaaten, wachsender Reichtum für beide Seiten nützlich; teilweise unehrliche Argumentation, wenn Vermehrung im Land zulässig, Sklavenimport aber nicht; in Staaten mit hoher Sterblichkeit mehr Import notwendig, keine Einmischung beste Lösung

Pinckney: South Carolina gegen jede Einmischung in den Sklavenhandel, da Bedingung für den Beitritt zur Union

Mason: Sklaverei für die Sicherheit und die Moral gefährlich, Ausnahmen für Einzelstaaten bedrohlich für die anderen Staaten, einheitliche Regelung durch den Bund wichtig.

Gefordert ist bei der Textwiedergabe die Nennung von Textstellennachweisen.

2. Die Aufgabe entspricht im Wesentlichen dem EPA-Anforderungsbereich II.

Erwartet wird in dieser Aufgabe

1.) eine Skizze des Entstehungsweges, wie es zur Verfassung gekommen ist, unter Berücksichtigung von: Virginia Bill of Rights, Unabhängigkeitserklärung 1776, Konföderation, Verfassungskonvent 1787, wichtige Streitfragen, Einigung auf Verfassung, Problem der Grundrechte, Bedeutung der amendments;

2.) eine Gruppierung der Beiträge in T 1 nach den Interessen: die beiden Vertreter des sklavenhaltenden Südstaats South Carolina, die Positionen der Mitte, die vor allem die Einheit wahren wollen, mit Pennsylvania und Connecticut, und die Vertreter der Sklavengegner Maryland, Mason-Virginia. Die Lösungen zielen auf Beibehaltung der Sklaverei, auf ihre Austrocknung durch Einstellung des Sklavenhandels oder auf ein sofortiges Verbot. Nach der Präambel („Glück der Freiheit“) wäre nur letzteres angemessen gewesen. Die 5 : 3 - Lösung ist eine typische politische Kompromissformel mit ihren Vor- und Nachteilen.

3. Die Aufgabe entspricht im Wesentlichen den EPA-Anforderungsbereichen II und III.

Die politischen Ideen der Aufklärung zielen auf Herrschaft der Vernunft. Dies bedeutet insbesondere eine schriftliche Garantie der Grundrechte der Bürger und die politische Gewaltenteilung im Staat. Die Verfassung der USA setzt dies mit allerdings erheblichen Ausnahmen um: keine Rücksicht auf Ureinwohner, Sklaven fallen nicht unter gleiches Recht.

Die Stellungnahme zur heutigen Situation in den USA sollte aktuelles Wissen in historischen und politischen Bereich aufzeigen sowie eine schlüssige und begründete Darstellung bieten.

Andere sinnvolle Ausführungen des Prüfungsteilnehmers können Teile des Erwartungshorizontes ersetzen.

Erwartungshorizont zu Block I

Teil B

4. *Die Aufgabe entspricht im Wesentlichen dem EPA-Anforderungsbereich III.*

Die Erläuterungen sollten erfolgen zu

These 1: Die Amerikanische Revolution war der Französischen Revolution überlegen.

These 2: In den USA erzeugte die Verfassung das Volk, nicht umgekehrt.

These 3: Die USA bleiben eine Heimat der Fremden.

These 4: Entscheidend ist der Verfassungspatriotismus, nicht die ethnische Zugehörigkeit.

Die Stellungnahme sollte sich mit den Thesen begründet und differenziert auseinandersetzen und dabei angemessene Kenntnisse der amerikanischen und europäischen Geschichte unter Beweis stellen. Das Setzen von Schwerpunkten unter den aufgegriffenen Thesen ist zulässig, wenn es eine angemessene breite Argumentation erfordert.

Andere sinnvolle Ausführungen des Prüfungsteilnehmers können Teile des Erwartungshorizontes ersetzen.

Erwartungshorizont zu Block II

Jede Aufgabe ist einzeln zu zensieren.

Teil A

1. *Die Aufgabe entspricht im Wesentlichen dem EPA-Anforderungsbereich I.*

Zum Operator „Analysieren“ wird eine Quellencharakteristik erwartet (Nennung der wesentlichen formalen Charakteristika von T 1: Textart, Autor, Datierung, Adressat; keine umfassende Textanalyse wie im Fach Deutsch).

Walter Ulbricht wandte sich in T 1 in seiner Funktion als Staatsoberhaupt der DDR an die Öffentlichkeit. Die Rede, die sowohl im Fernsehen als auch im Radio übertragen wurde, sollte ein möglichst großes Publikum erreichen. Sie war zum einen nach innen an die Bevölkerung der DDR gerichtet. Zum anderen versuchte sie auch nach außen zu wirken und jene Einwohner der Bundesrepublik und Westberlins anzusprechen.

Der Inhalt soll mit eigenen Formulierungen unter Berücksichtigung folgender Schwerpunkte wiedergegeben werden:

In seiner Ansprache äußert sich Walter Ulbricht zum Bau der Mauer am 13. August 1961, ohne diesen direkt zu erwähnen. Er erklärt im Interesse der DDR-Bürger gehandelt zu haben und beschuldigt die Bundesrepublik und Westberlin, in der Tradition des deutschen Militarismus zu stehen, die Pläne der NS-Diktatur wieder aufzugreifen und erneut einen Krieg beginnen zu wollen. Er vergleicht direkt die Berichterstattung in der NS-Diktatur am Vorabend des Zweiten Weltkrieges mit der in der Bundesrepublik im Jahr 1961. Die DDR habe in Abstimmung mit ihren Freunden gehandelt, um den Frieden in Europa und in der Welt zu erhalten. Die von der DDR unternommenen Versuche, die Situation auf diplomatischen Wegen zu beruhigen, seien an der Haltung westdeutscher Politiker gescheitert. Um der direkten Kriegsbedrohung entgegenzuwirken, sei ein Einschreiten zum gegenwärtigen Zeitpunkt notwendig.

2. *Die Aufgabe entspricht im Wesentlichen dem EPA-Anforderungsbereich II.*

Die Schüler sollen ihr Wissen strukturiert darlegen. Die Gliederung der deutsch-deutschen Beziehungen in Phasen ist variabel, muss durch die Prüfungsteilnehmer aber begründet werden.

Sinnvoll ist ein Verweis auf die Potsdamer Konferenz 1945. Obwohl die Siegermächte auf dieser Konferenz gemeinsame Festlegungen zur Deutschlandpolitik trafen, führte der Kalte Krieg zu einer Abkehr davon und mündete 1949 in die Gründung der Bundesrepublik und der DDR. Beide deutschen Staaten hielten zunächst an der Wiedervereinigung fest. Hinsichtlich ihrer politischen und wirtschaftlichen Strukturen sowie ihrer Legitimation waren sie jedoch grundlegend verschieden.

Beide unterlagen in ihrer Politik den Festlegungen der Siegermächte und waren in die Blockpolitik des Kalten Krieges eingebunden. Dies bestimmte auch das Verhältnis zueinander.

Belegbar u. a. durch die Diskussion um die Stalin-Noten 1952, die gegensätzliche Bewertung des 17. Juni 1953, die endgültige Einbindung der deutschen Staaten in die Blöcke (NATO, Warschauer Vertrag; Wiederaufrüstung), die Hallsteindoktrin. In dieser aufgeheizten Atmosphäre, in der die DDR zudem mit dem Flüchtlingsstrom gen Westen zu kämpfen hatte, ist der Bau der Mauer am 13.8.1961 zur Absicherung des Status quo einzuordnen. (1. Phase)

Nach der Kubakrise 1962 kam es zu einer Phase der Entspannung. Im deutsch-deutschen Verhältnis führte dies zu einer Annäherung, die durch die neue sozialliberale Ostpolitik gestaltet wurde: 1972 Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR, 1973 Aufnahme beider Staaten in die UNO, 1975 gleichberechtigte Teilnahme an der Konferenz von Helsinki. Gleichzeitig gab es weitere Vereinbarungen vor allem im Reiseverkehr und im innerdeutschen Handel. (2. Phase)

Trotz neuer Eskalation des Kalten Krieges Ende der 1970er Jahre (Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen in Osteuropa und NATO-Doppelbeschluss als Reaktion) bemühten sich beide Staaten um die weitere Ausgestaltung ihrer Beziehungen. Deutlich wird dies u. a. am Besuch des Bundeskanzlers Helmut Schmidt 1981 in der DDR, an den Krediten, die die DDR 1983 von der Bundesrepublik erhielt, am Staatsbesuch Erich Honeckers 1987 in der BRD. (3. Phase)

Strittige Fragen blieben z. B. die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR durch die Bundesrepublik, die Grenzanlagen und die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR.

Mit dem Zusammenbruch der DDR wurde der Ruf „Wir sind das Volk!“ zu der Aufforderung „Wir sind ein Volk!“. Bereits im November 1989 legte der Bundeskanzler Helmut Kohl ein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vor. Die Volkskammerwahlen im März 1990 waren ein Votum für eine schnelle Wiedervereinigung, die zu den Verhandlungen zum Einigungsvertrag führten, im September 1990 zur Unterzeichnung des „Zwei-plus-vier-Vertrages“ und am 3. Oktober 1990 zur deutschen Einheit. (4. Phase)

3. Die Aufgabe entspricht im Wesentlichen den EPA-Anforderungsbereichen II und III.

Der Begriff Legitimation wirft die Frage nach der Begründung bzw. Rechtmäßigkeit von politischer Herrschaft auf und ist in Demokratien an das Prinzip der Volkssouveränität mit Verfassung, Grundrechten, freien Wahlen und Gewaltenteilung gebunden. Im Zusammenhang damit steht die Partizipation als Beteiligung aller Bürger sowohl an den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen als auch an sozialen und politischen Aktivitäten.

Diktaturen lassen wirkliche Partizipation nicht zu, da sie eine Gefahr für das politische System darstellt. Sie berufen sich in ihrer Legitimation in der Regel auf ein Ziel, welches auch unter Inkaufnahme großer Opfer und mit Gesetzen, Gewalt und Terror zu erreichen ist.

Die DDR basierte zunächst auf einer Verfassung, bei der sich der Widerspruch zwischen formulierten Ansprüchen und der Wirklichkeit offenbarte. Die SED beanspruchte die Führung im Staat und setzte sie mit Unterdrückung anders Denkender sowie mit Unterstützung der Sowjetunion durch. Die Partizipation der Bürger war weder erwünscht, noch wurde sie geduldet. Der Bau der Mauer am 13. August 1961 ist Ausdruck des Versagens der Politik, die einen großen Teil der Bevölkerung nicht überzeugen konnte und die Abwanderung in die Bundesrepublik auf diese Art und Weise stoppen wollte. Belege für mangelnde Legitimation und unerwünschte Partizipation sind das Wirken des Staatssicherheitsdienstes, die Wahlfälschungen sowie der 17. Juni 1953.

Als weitere Beispiele für die Erörterung könnten einerseits das politische System der Weimarer Republik, der Bundesrepublik bzw. der USA, andererseits die NS-Diktatur herangezogen werden.

Aktuelle Beispiele von Partizipationsversuchen wie der Konflikt um Stuttgart 21 oder Proteste gegen die Castortransporte sind ebenso denkbar wie Ausführungen zum Umgang mit Oppositionellen im Iran, in China oder in anderen Ländern.

Andere sinnvolle Ausführungen des Prüfungsteilnehmers können Teile des Erwartungshorizontes ersetzen.

Erwartungshorizont zu Block II

Teil B

4. Die Aufgabe entspricht im Wesentlichen dem EPA-Anforderungsbereich III.

In der Gegenüberstellung von sozialer Marktwirtschaft und Planwirtschaft sollte auf folgende Aspekte eingegangen werden:

- Einordnung der jeweiligen Wirtschaftsordnung in die politischen Systeme
- Bedeutung des Marktes zur Regelung von Angebot und Nachfrage
- wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen
- Eigentumsverhältnisse
- Rolle des Staates bei der Gestaltung der Wirtschafts- und der Sozialpolitik.

Die soziale Marktwirtschaft steht seit ihrer Einführung 1948 in der Bundesrepublik für wirtschaftliche Prosperität und einen allgemeinen Wohlstand, obwohl die Entwicklung insgesamt durch Höhen und Tiefen gekennzeichnet war.

Von 1949 bis heute haben sich die Rahmenbedingungen jedoch grundlegend verändert. Dazu zählen u. a. die Entwicklung der EU, die globale Vernetzung von Wirtschaft und Finanzen, die Beendigung des Kalten Krieges und das Aufkommen neuer Mächte und Märkte wie z. B. China. Insofern ist das wirtschaftliche Denken und Handeln im Rahmen eines Staates nur noch bedingt möglich. Die Finanzkrise 2008 hat deutlich gezeigt, dass globale Märkte auch zur globalen Herausforderung für die Politik werden und gemeinsame Regeln aufgestellt werden müssen. Beispiele wären u. a. die Hilfen der EU für hoch verschuldete Länder oder die Treffen der G 20. Abzuwägen ist auch, in welchem Verhältnis Wirtschaft und Politik stehen, wenn es um die Ausgestaltung bilateraler Beziehungen geht, belegbar an den Beziehungen zu China.

Auch in der Bundesrepublik stehen Fragen zur weiteren Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft auf dem Prüfstand. Dazu zählen u. a. der Eingriff des Staates in die Wirtschaft (die Möglichkeit von Enteignungen, staatliche Unterstützung für Banken oder Firmen), die Gestaltung der Sozialpolitik unter Beachtung der Kosten und des demografischen Wandels (z. B. Bildungsgeld, Hartz IV-Reform, Rente mit 67, Gesundheitsreform) sowie Chancen und Grenzen eigener Verantwortung beim „sozialen Aufstieg“.

Andere sinnvolle Ausführungen des Prüfungsteilnehmers können Teile des Erwartungshorizontes ersetzen.